

## Inhalt

■ Ausschreibungen .....	4
Horizont 2020: Personalisierung von Gesundheit und Pflege I .....	4
Horizont 2020: Personalisierung von Gesundheit und Pflege II .....	5
Horizont 2020: Aktivitäten zur Gesundheitskoordination .	6
Europäisches Netzwerk wissenschaftlicher Experten /- innen im Bereich der Behinderung .....	7
Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und andere Arten von Intoleranz .....	9
Zuschüsse für grenzüberschreitende Initiativen der Drogenpolitik.....	10
Operationelles Programm des Bundes für den ESF in der Förderperiode 2014 – 2020 liegt der Kommission vor ....	11
■ EU-Politik.....	12
Europäischer Jobmonitor 2014: geschlechtsspezifische Unterschiede wurden durch die Krise verringert.....	12
Auswertung des Programms für Beschäftigung und Solidarität (PROGRESS) 2007-2013 .....	13
Eurofound-Studie: Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufsprofilen.....	14
Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen warnt vor Senkung der Qualitätsstandards durch das Freihandelsabkommen mit den USA .....	16
Bericht über Gesundheit von Roma verdeutlicht das Ausmaß der schlechten Gesundheitsversorgung.....	17
Eurobarometer-Umfrage über Drogengefahren.....	18

Kommission begrüßt OECD-Bericht über Bildung und Qualifikationen in der EU .....	19
Kommission wertet 18 Pilotprojekte zur Jugendgarantie aus.....	20
■ Veranstaltungen.....	22
Europäisches Forum für neue Ideen: Sicheres und wettbewerbsfähiges Europa .....	22
Zivilgesellschaftliche Perspektiven zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention.....	23
Informationsveranstaltung zur Förderung von Menschen mit besonderem Förderbedarf durch Erasmus+ .....	23
Open Days: 12. europäische Woche der Städte und Regionen .....	24
Die Anwendung der EU Menschenrechtscharta auf Asyl- und Immigrationsrecht .....	25
Jugend für Europa Comeback 2014.....	26
Kinder zuerst: Bessere öffentliche Ausgaben für bessere Ergebnisse für Kinder und Familien .....	27
Konferenz um Menschen mit Behinderungen bei der Katastrophenhilfe mit einzuschließen.....	27

## Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Wörthstraße 15-17, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

### Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

Tobias Nickl, BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel, Tel. +32.2.280.2776, Fax +32.2.280.2778, E-Mail [T.Nickl@eufis.de](mailto:T.Nickl@eufis.de), Internet [www.eufis.eu](http://www.eufis.eu).

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.: Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail [europa@dpwv.de](mailto:europa@dpwv.de).

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe September 2014 ist der 12.09.2014.

## ■ Ausschreibungen

### Horizont 2020: Personalisierung von Gesundheit und Pflege I

Die EU-Kommission hat im Rahmen des EU-Forschungsprogramms Horizont 2020 am 30.07.2014 einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen unter dem Titel „Personalising Health and Care“ veröffentlicht. Der Aufruf hat ein Budget von insgesamt 306 Millionen Euro und ist in folgende zehn Themengebiete unterteilt:

Thema 1: Gesundheitsförderung und Vorbeugung: verbesserte, intersektorale Kooperation für Eingriffe basierend auf Umwelt und Gesundheit. Hierzu gehören die Entwicklung von intersektoralen Eingriffen oder Initiativen zur Gesundheitsförderung, die Dokumentation von erfolgreichen Eingriffen und die Beurteilung ihrer medizinischen, ökonomischen Vorteile.

Thema 2: Neue Behandlungsmöglichkeiten für seltene Krankheiten. Vorschläge für dieses Thema sollten beispielsweise die Entwicklung von neuen oder verbesserten therapeutischen Ansätzen oder die Wiederverwendung von vorhandenen Therapien betreffen.

Thema 3: Instrumente und Technologien für neuartige Therapien, wie Gentherapie, Zelltherapie, Gewebeersatz, regenerative Arznei und biologisch-künstliche Organe.

Thema 4: Förderung von geistigem Wohlbefinden in der älter werdenden Bevölkerung. Eingereichte Vorschläge zu diesem Thema sollten disziplinübergreifende Forschung zur Verständnisverbesserung, Vorbeugung, Frühdiagnose und Behandlung von altersbedingten geistigen Störungen beinhalten.

Thema 5: Erprobung von personalisierter Arznei in Gesundheits- und Pflegesystemen durch Pilotprojekte für neue Pflegemodelle, basierend auf dem Konzept der personalisierten Medizin. Diese Modelle sollten Europas nationale und regionale Unterschiede berücksichtigen.

Thema 6: Entwicklung von neuen Diagnoseinstrumenten und In-vivo-Medizintechnik, welche klare Vorteile gegenüber herkömmlichen Möglichkeiten bieten.

Thema 7: Effektivität von medizinischer Versorgung in der Kinder- und Jugendmedizin. Vorschläge sollten einen klinischen Forschungsansatz haben, welcher ein besseres Ver-

ständnis der Effektivität und Sicherheit von gesundheitlichen Interventionen bietet.

Thema 8: Neue Ansätze zur Verbesserung von prädikativen Menschenversuchen. Vorschläge unter diesem Thema sollten Forschungsgruppen, KMUs, Industrie und die betreffenden Agenturen mit einbeziehen und die Koordination und den Informationsaustausch zwischen ihnen fördern.

Thema 9: Medizinsysteme zum besseren Verständnis von Krankheiten in Bezug auf die Komplexität von klinischen Phänotypen bei Krankheiten mit mehreren Faktoren.

Thema 10: Gemeinsame Mechanismen von Krankheiten und ihre Bedeutung für Begleiterkrankungen. Um diese zu identifizieren sollten die eingereichten Vorschläge die Integration von präklinischen und klinischen Studien zum Ziel haben.

Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist für alle Themengebiete der **14.10.2014**, für die zweite Phase der **21.04.2015**.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/calls/h2020-phc-2015-two-stage.html>

## **Horizont 2020: Personalisierung von Gesundheit und Pflege II**

Die EU-Kommission hat am 30.07.2014 einen weiteren Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen unter dem Titel „Personalizing Health and Care“ veröffentlicht. Der Aufruf hat ein Budget von insgesamt 88 Millionen Euro und beinhaltet drei weitere Themengebiete.

Thema 1: Impfstoffentwicklung für armutsbedingte und vernachlässigte Infektionskrankheiten: HIV/AIDS. Eingereichte Vorschläge sollten die Entdeckung und die frühe Entwicklung von neuen Impfstoffkandidaten für HIV/AIDS zum Ziel haben. Dies sollte die folgenden Elemente beinhalten:

- Gründung einer Plattform für die Entdeckung und Auswahl mehrerer neuer präventiver oder therapeutischer Impfstoffe für HIV/AIDS, sowie ihre prä- und frühklinische Erprobung;
- Die Hauptengpässe der Impfstoffentwicklung sollten thematisiert werden, insbesondere bessere Möglichkeiten zur frühen Unterscheidung zwischen erfolgrei-

chen und nicht-erfolgreichen Kandidaten/Kandidatinnen;

- Fortführung der Impfstoffentwicklung im Kontext der European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP).

Thema 2: Klinische Forschung an regenerativer Medizin. Vorschläge sollten zum Zeitpunkt der Einreichung die nötigen ethischen und behördlichen Genehmigungen haben, um die Forschungsarbeit durchzuführen.

Thema 3: Neue Ansätze zur Verbesserung von prädiktiven menschlichen Sicherheitstests. Eingereichte Vorschläge sollten das Potenzial haben, einen Beitrag zu allen relevanten Forschungsgebieten zu leisten. Dafür sollten u.a. Forschungseinrichtungen, KMUs, die Industrie und Regulierungsbehörden einbezogen werden.

Vorschläge können bis zum **24.02.2015** eingereicht werden.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/calls/h2020-hco-2015.html>

## **Horizont 2020: Aktivitäten zur Gesundheitskoordination**

Die Europäische Kommission hat am 30.07.2014 im Rahmen des EU-Forschungsprogramms Horizont 2020 einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen unter dem Titel „Health coordinating activities“ veröffentlicht. Der Aufruf umfasst ein Gesamtbudget von 29 Millionen Euro und ist in fünf Themengebiete unterteilt:

Thema 1: Globale Allianz für chronische Krankheiten: Vorbeugung und Behandlung von Lungenerkrankungen. Vorschläge müssen sich auf die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse bezüglich Lungenerkrankungen fokussieren.

Thema 2: Zusammenarbeit der Informationsplattformen ERANET und Anpassung von nationalen Programmen und Aktivitäten auf dem Gebiet der Hirnerkrankungen und Behinderungen des Nervensystems. Vorschläge sollten nationale und regionale Forschungsprogramme koordinieren.

Thema 3: Antimikrobielle Resistenz: Vorschläge sollen sich auf die Koordinierung von gemeinsamen Forschungsprojekten auf diesem Gebiet konzentrieren.

Thema 4: Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Vorschläge sollten nationale und regionale Forschungsprogramme auf diesem Gebiet konzentrieren.

Thema 5: Nachhaltigkeit und Globalisierung der gemeinsamen Programm Initiative für neurodegenerative Erkrankungen (JPND). Vorschläge sollten die Entwicklung und die Verbesserung der Möglichkeiten des JPND zum Ziel haben.

Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen endet am **24.02.2015**.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/calls/h2020-hco-2015.html>

## **Europäisches Netzwerk wissenschaftlicher Experten /-innen im Bereich der Behinderung**

Die Generaldirektion Justiz der EU-Kommission hat einen Dienstleistungsauftrag für ein europäisches Netzwerk wissenschaftlicher Experten /-innen im Bereich der Behinderung veröffentlicht.

Allgemeiner Zweck des Auftrags ist die Bereitstellung unabhängiger wissenschaftlicher Beratungs-, Analyse- und Informationsdienste für die Kommission, die qualitativ so hochwertig und so zuverlässig sind, dass sie als Input und Unterstützung für die Entscheidungsfindung im Bereich der Behinderung dienen können. Die Informationen betreffen nationale Politik und Gesetzgebung im Bereich der Behinderung und deren Verbindung zur EU-Ebene sowie Angaben zur Situation von Menschen mit Behinderungen.

Um eine breite europäische Abdeckung zu erreichen, ist es erforderlich, ein europäisches Netzwerk wissenschaftlicher Experten /-innen im Bereich der Behinderung einzurichten und zu pflegen. Angesichts der unterschiedlichen abzudeckenden Themen soll dieses Netzwerk nicht nur Experten /-innen in sozialen Fragen im Bereich der Behinderung, sondern auch behindertenbezogene Fragen in der EU-Politik umfassen, die für Menschen mit Behinderungen relevant sind, so wie dies in der Strategie und in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities - UNCRPD) festgelegt ist.

Der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin soll konkret Folgendes übernehmen:

- Bereitstellung fundierter Analysen der nationalen Gegebenheiten und politischen Entwicklungen für die



Kommission unter Berücksichtigung behindertenbezogener Fragen in den relevanten Politikbereichen, die in Abstimmung mit der Kommission aus den Bereichen ausgewählt wurden, die vom Auftragnehmer jährlich vorgeschlagen werden. Darüber hinaus ist alljährlich eine fundierte Analyse der politischen Lage und der Entwicklungen auf nationaler Ebene im Zusammenhang mit den Bereichen, die von der Strategie Europa 2020 abgedeckt werden, vorzulegen, wodurch ein Beitrag zum Europäischen Semester geleistet wird. Es wird erwartet, dass der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin nationale Berichte über politische Themen vorlegt, die zu Beginn des Vertragsjahres mit der Kommission abgestimmt werden. Der Auftragnehmer / die Auftragnehmerin wird außerdem dazu aufgefordert, jährliche zusammenfassende Berichte zu erstellen;

- Bereitstellung von Beratungsleistungen für die Kommission in Bereichen, die in der Strategie und in der UNCPRD festgelegt sind. Diese Beratungsleistungen müssen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, Daten und Statistiken basieren und darauf abzielen, die Politik der Kommission und die Entscheidungsprozesse im Bereich der Behinderung zu unterstützen;
- Versorgung der Kommission mit fundierten Analysen, Informationen, Daten, Statistiken und unabhängigen Beratungsleistungen aus den 28 Mitgliedstaaten und in einem gewissen Umfang aus Island, Liechtenstein, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro, Norwegen, Serbien und der Türkei;
- Aufbau eines Netzwerks wissenschaftlicher Experten /-innen im Bereich der Behinderung zur Abdeckung der o.g. Länder.

Insgesamt sollen für diesen Auftrag ca. **3,2 Mio. Euro** (ohne MwSt.) zur Verfügung stehen. Frist für den Eingang von Angeboten ist der **06.10.2014**.

Schlussstermin für die Anforderung von **Unterlagen** ist der 29.09.2014 bei der Europäischen Kommission, GD Justiz, Referat JUST/A4 Programmverwaltung, Raum MO59 04/21, Renatas Mazeika, 1049 Brüssel, Belgien, Telefon: 0032/ 2/ 2962152, E-Mail: [just-a4-cft@ec.europa.eu](mailto:just-a4-cft@ec.europa.eu), Internet: [http://ec.europa.eu/justice/newsroom/contracts/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/contracts/index_en.htm), [http://ec.europa.eu/justice/newsroom/contracts/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/newsroom/contracts/index_en.htm), Aktenzeichen JUST/2014/RDIB/PR/EQUA/0062.

Weitere Informationen: Amtsblatt der Europäischen Union S 154-275795 vom 13.08.2014



## **Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und andere Arten von Intoleranz**

Die Kommission schreibt im Zusammenhang mit dem EU-Programm Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft [Zuschüsse für Projekte gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Arten von Intoleranz](#) aus.

Ziel dieser Ausschreibung ist die Kofinanzierung von transnationalen Projekten, welche einen EU-weiten Mehrwert in der Bekämpfung von Intoleranz bieten. Die Ausschreibung ist in zwei Bereiche unterteilt:

### Bewährte Verfahren zur Vorbeugung und Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Intoleranz (BEST)

Unter diesem Aspekt sind Maßnahmen zum gegenseitigen Lernen und zur Kooperation von bewährten Verfahren förderfähig. Dazu gehören kriminalrechtliche Fälle genauso wie andere Mittel. Für die Förderung von Projekten unter diesem Punkt stehen insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung.

### Überwachung und Berichterstattung über hassmotivierte Straftaten und online-Hassreden (HATE)

Die förderfähigen Maßnahmen unter diesem Punkt sind insbesondere die Überwachung und Datensammlung über rassistische, fremdenfeindliche oder homophobe Webseiten in den Teilnehmerländern, der Austausch von bewährten Verfahren zwischen den Teilnehmerländern (inklusive Verfahren, welche auf anonyme oder online-Hinweise basieren), die Entwicklung von effizienten Berichterstattungsmechanismen, welche für Opfer von Hasskriminalität zugänglich sind und die Gründung von Netzwerken zum Informationsaustausch. Für die Förderung dieser Maßnahmen stehen insgesamt 3.850.000 Euro zur Verfügung.

Antragsberechtigt unter dieser Ausschreibung sind öffentliche oder private Non-Profit Organisationen aus den EU-Mitgliedstaaten bzw. Island oder Lichtenstein.

Die finanzielle Förderung durch die EU muss mindestens 300.000 Euro betragen, darf jedoch nicht höher als 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten sein. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **12.11.2014**.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/justice/grants1/calls/just\\_2014\\_rrac\\_ag\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/grants1/calls/just_2014_rrac_ag_en.htm)

## Zuschüsse für grenzüberschreitende Initiativen der Drogenpolitik

Die Kommission schreibt im Zusammenhang mit dem EU-Programm Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft [Zuschüsse für Initiativen der Drogenpolitik](#) aus.

Ziel der Ausschreibung ist die Kofinanzierung von grenzüberschreitenden Projekten welche die Initiativen der Drogenpolitik unterstützen. In diesem Kontext benennt die Ausschreibung vier Prioritäten für eventuelle Vorschläge:

- Neue psychoaktive Substanzen: Unterstützung bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften durch die Verbesserung der Kapazitäten zur Identifizierung und Bewertung neuer psychoaktiver Substanzen, um schnell auf die Verbreitung derartiger Substanzen in der EU reagieren zu können;
- Rehabilitation: Entwicklung und Verbreitung von innovativen Ansätzen gegen Rückfall und von best-practice-Modellen für die Wiedereingliederung und Rehabilitation von Langzeit-Drogenkonsumenten /-konsumentinnen, einschließlich derer, die aus der Haft entlassen werden;
- Bewährte Verfahren: Austausch bewährter Verfahren und Kooperation zwischen lokalen und regionalen Behörden, welche bei Dienstleistungen auf diesem Gebiet involviert sind;
- Zivilgesellschaft: Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Ziele der EU-Drogenstrategie 2013-2020 sowie bei weiteren Aktionen unter dem Drogenaktionsplan der EU, insbesondere im Hinblick auf die Minimierung der negativen Konsequenzen von illegalen Drogen für einzelne Menschen und für die Gesellschaft.

Zu den förderfähigen Maßnahmen im Rahmen dieser Prioritäten gehören das Sammeln und Bereitstellen von Daten, Umfragen und Forschungsaktivitäten, Fortbildungen, Kooperation und der Austausch von bewährten Verfahren und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Für die Förderung derartiger Maßnahmen stehen insgesamt 2.509.000 Euro zur Verfügung. Die beantragten Zuschüsse müssen eine Mindesthöhe von 75.000 Euro haben, dürfen jedoch nicht 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten überschreiten.

Antragsberechtigt unter dieser Ausschreibung sind öffentliche oder private Non-Profit Organisationen aus den EU-Mitgliedstaaten, ausgenommen Dänemark und Großbritannien. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der **05.11.2014**.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/justice/grants1/calls/just\\_2014\\_rrac\\_ag\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/grants1/calls/just_2014_rrac_ag_en.htm)

## **Operationelles Programm des Bundes für den ESF in der Förderperiode 2014 – 2020 liegt der Kommission vor**

Der Entwurf für das operationelle Programm des Bundes für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 – 2020 (ESF Bundes OP) liegt seit dem 12.09.2014 der EU-Kommission vor, welche nun über diesen zu entscheiden hat.

Unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Zustimmung der Kommission finden Vorbereitungsarbeiten zum Start einzelner Programme statt. Dazu gehören erste Stellen zur Umsetzung des Programms mit Aufrufen zu Interessenbekundungsverfahren. So soll nach der Genehmigung des ESF Bundes OP durch die Kommission die Auswahl der Träger und der Start der Programme beschleunigt werden.

Da die Veröffentlichungen möglichst viele Träger erreichen sollen, werden Kurzhinweise auf Ausschreibungen sowie die entsprechenden Verlinkungen auf [www.esf.de](http://www.esf.de) veröffentlicht. Die vollständigen Informationen zu den Interessenbekundungsverfahren sind den Internetseiten der jeweiligen Ressorts zu entnehmen.

Weitere Informationen:

[http://www.esf.de/portal/generator/20280/foerderperiode\\_2014-2020.html](http://www.esf.de/portal/generator/20280/foerderperiode_2014-2020.html)

## ■ EU-Politik

### **Europäischer Jobmonitor 2014: geschlechtsspezifische Unterschiede wurden durch die Krise verringert**

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat am 08.07.2014 den [europäischen Jobmonitor 2014](#) veröffentlicht. Er zeigt, dass durch die Veränderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise geschlechtsspezifische Unterschiede verringert wurden.

Laut dem Bericht bestand für hoch bezahlte Arbeitsplätze eine größere Nachfrage, während viele Arbeitsplätze mit mittlerer Bezahlung abgebaut wurden. Die Sektoren, die am meisten von der Krise betroffen waren, wie etwa Produktion und im Bau, weisen vornehmlich Arbeitsplätze mit mittlerer Bezahlung vor.

Von diesen Entwicklungen konnten weibliche Arbeitskräfte insofern profitieren, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer wurden. Zwischen 2011 und 2013 stieg die Zahl der beschäftigten Frauen EU-weit geringfügig um 60.000, während die Zahl der beschäftigten Männer gleichzeitig um 1.4 Millionen gesunken ist.

Diese Entwicklung hängt auch mit den Sektoren zusammen, welche am meisten von der Wirtschaftskrise betroffen waren. Der Produktions- und Bausektor sind stark von Männern dominiert. Die Sektoren, welche das höchste Beschäftigungswachstum zeigen, Gesundheit und Bildung, werden vornehmlich von Frauen dominiert.

Trotz dieser Entwicklungen für gut bezahlte Arbeitsplätze ist die Zahl der beschäftigten Frauen mit schlechter bezahlten Tätigkeiten gesunken. Dies ist vor allem auf Jobverluste für Reinigungskräfte und Haushaltshelfern zurückzuführen.

Auffällig sind zudem die Zahlen der Beschäftigten in Teilzeitarbeit. Während vor der Krise vornehmlich Frauen in Teilzeitarbeit beschäftigt waren, sind es nun überwiegend Männer. Über 60 Prozent der Teilzeitarbeitsplätze in Sektoren, die zuvor eher von Frauen besetzt waren, sind nun von Männern belegt. Dazu gehören beispielsweise Pflegepersonal, Verkäufer, Reinigungskräfte und Aushilfen.

Für Frauen sind neue Teilzeitjobs hingegen häufiger in einer professionellen oder unternehmerischen Tätigkeit, etwa als Fachangestellte in Bereichen der Wirtschaft oder der Verwaltung. In vielen Fällen waren diese Positionen zuvor Vollzeit-

Positionen, die durch Einsparungen zu Teilzeitpositionen umstrukturiert wurden.

Weitere Informationen:

[http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef14191\\_de.htm](http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef14191_de.htm)

## **Auswertung des Programms für Beschäftigung und Solidarität (PROGRESS) 2007-2013**

Die Kommission hat am 27.08.2014 eine unabhängige Auswertung des EU- Programms für Beschäftigung und Solidarität (PROGRESS) 2007-2013 veröffentlicht. PROGRESS finanziert Maßnahmen wie Studien, Statistiken, Expertennetzwerke, Seminare, Weiterbildungen, Konferenzen, Kommunikationskampagnen, Betriebskostenzuschüsse für Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) und Zuschüsse für die Unterstützung von EU-Politik in den Mitgliedstaaten.

Das Ziel der Auswertung ist es, die Ergebnisse des PROGRESS-Programms aufzuzeigen und Empfehlungen für zukünftige Programme unter den EU-Programmen für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und für Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (REC) zu entwickeln. Im Bericht wird analysiert, ob und wie das Programm die Qualität von EU-Politik beeinflusst hat und in wie weit es zur Debatte und zur Kooperation zwischen den betroffenen Stakeholdern beigetragen hat.

Der Bericht wurde vom Beratungsunternehmen ICF International verfasst und deckt die fünf Politikbereiche Beschäftigung, Sozialschutz und soziale Inklusion, Arbeitsbedingungen, Antidiskriminierung und Geschlechtergleichstellung.

Als europäischen Mehrwert von PROGRESS benennt die Auswertung:

- einen Beitrag zur Lissabon-Strategie und der Nachfolgestrategie Europa 2020;
- bessere Entwicklung und Umsetzungen von EU-Rechtsvorschriften;
- einen Beitrag zum Erweiterungsprozess durch die aktive Teilnahme von Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern;
- die Förderung von Wissensaustausch zwischen politischen Entscheidungsträgern / Entscheidungsträgerinnen und Praktikern /-innen.

- die Förderung von analytischen Aktivitäten und vergleichenden Studien zwischen Mitgliedstaaten;
- einen Beitrag zum Erhalt von europäischen Netzwerken, welche zur Umsetzung der PROGRESS-Aktivitäten beigetragen haben;
- die Einbindung verschiedener Personen und Organisationen in PROGRESS, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die Empfehlungen der Verfasser für zukünftige EaSI- und REC- Programme beinhalten:

- Verbreitungs- und Valorisierungsstrategien für die Nachfolgeprogramme;
- Verbesserung des Wissensmanagements über die Ergebnisse des Programms;
- der Effekt der analytischen Aktivitäten, welche durch das Programm finanziert werden, sollten weiter verbessert werden, indem der Schwerpunkt auf übertragbare Lösungsansätze und bessere Kommunikation gelegt wird;
- Verbesserung des Effekts der Austausch- und Lernaktivitäten;
- Betriebskostenzuschüsse sollten sich auf Länder im Entwicklungsrückstand konzentrieren, in denen Innovation notwendig ist;
- sorgfältige Planung und Unterstützung sollte unternommen werden um den Erfolg der Erprobung von Sozialpolitik zu garantieren;
- bewusstseinsfördernde Kampagnen sollten die nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten der sozialen Probleme einbeziehen;
- höhere Genauigkeit bei themenübergreifenden Zielsetzungen;
- die Entwicklung eines Indikatorindex zur Überwachung und Auswertung des Programms, aufbauend auf dem strategischen Rahmenprogramm.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=2112&furtherNews=yes>

## **Eurofound-Studie: Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufsprofilen**

Die EU-Agentur für Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat am



20.08.2014 eine [Studie](#) zu den Arbeitsbedingungen in verschiedenen Berufsprofilen veröffentlicht. Sie benennt einige mehrfach benachteiligte Berufe, in welchen die Job-Qualität konstant niedrig ist. Die Bewertung der Job-Qualität basiert auf den vier Indikatoren Einkommen, Job- und Karriereperspektiven, Arbeitszeit und inhaltliche Qualität. Auch der Zusammenhang zwischen strukturellen Eigenschaften der Belegschaft wie das Geschlechterverhältnis, Alter, Bildungsniveau und Wirtschaftssektor und der Qualität der Berufe wird analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede bei der Arbeitsqualität oftmals im Zusammenhang mit den Fertigkeiten stehen, welche für die Ausübung des Berufes notwendig sind. So können Arbeitskräfte in Berufsfeldern mit einem höheren Anforderungsniveau wie Manager /-innen, Fachkräfte oder Techniker /-innen tendenziell eine höhere Job-Qualität vorzeigen.

Arbeitskräfte in Berufsfeldern mit mittlerem Anforderungsniveau wie Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, Handwerker /-innen oder Anlagen- oder Maschinenbetreiber /-innen haben hingegen eher schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Gründe hierfür liegen bei den Gehältern, den Perspektiven und vergleichsweise schlechtem physischen und mentalen Wohlbefinden.

Die Arbeitszeit ist der einzige Indikator, welcher in dieser Studie keinen eindeutigen Zusammenhang zum Anforderungsniveau der Tätigkeit aufweist. Während besser qualifizierte Arbeitskräfte in allen anderen Indikatoren besser abschneiden, sind bei der Arbeitszeit keine generellen Unterschiede festzustellen.

Die Studie zeigt außerdem, dass neben Geringqualifizierten auch junge Arbeitnehmer häufiger schlechtere Arbeitsbedingungen haben als ihre älteren Kollegen / Kolleginnen.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

<http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef14131.htm>



## **Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen warnt vor Senkung der Qualitätsstandards durch das Freihandelsabkommen mit den USA**

Die Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen (EASPD) warnt vor Qualitätsverlusten der sozialen Dienstleistungen durch die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA (TTIP) und fordert das Europäische Parlament sowie nationale Parlamente auf, das Abkommen abzulehnen.

EASPD betont, dass sie zwar die verstärkte Kooperation zwischen der EU und den USA befürwortet, jedoch unter der Voraussetzung, dass es im Interesse aller Menschen auf beiden Seiten ist, einschließlich der Menschen mit Behinderungen und den am stärksten gefährdeten Personen. Laut der Stellungnahme der Vereinigung könnte der Schaden, welchen das Freihandelsabkommen auf den Sektor der Sozialwirtschaft haben könnte, unverhältnismäßig höher ausfallen als sein Nutzen.

Daher fordert EASPD, dass sowohl kommerzielle als auch nicht-kommerzielle öffentliche Dienstleistungen, allen voran die Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, von den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Dies betreffe insbesondere das öffentliche Vergaberecht.

Stark kritisiert wird außerdem, dass über einen Streitbeilegungsmechanismus zwischen Investoren und Staat durch Schiedsgerichte verhandelt wird. EASPD sieht angesichts funktionierender Rechtssysteme auf beiden Seiten keinen Bedarf für ein derartiges System. Problematisch seien außerdem die fehlende Transparenz und der Ausschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen bei den Verhandlungen.

### Hintergrund

Die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein Handelsabkommen, welches derzeit zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Ziel des Abkommens ist das Entfernen von Handelshemmnissen in einem breiten Spektrum von Sektoren, um den Handel von Waren und Dienstleistungen zu erleichtern. Neben der Abschaffung von Zöllen betreffe dies auch nichttarifäre Handelshemmnisse wie unterschiedliche Zulassungs- oder Qualitätsregelungen. Hauptbestandteil der Verhandlungen ist daher, in wie weit diese Unterschiede in einem Sektor für Sektor – Ansatz geregelt werden können.

Das vollständige EASDP-Positionspapier zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft kann [hier](#) abgerufen werden.

Weitere Informationen: <http://www.easdp.eu/en/content/ttip-threat-quality-social-services-europe>

## **Bericht über Gesundheit von Roma verdeutlicht das Ausmaß der schlechten Gesundheitsversorgung**

Ein Bericht der EU-Kommission vom 04.09.2014 verdeutlicht, dass Roma unverhältnismäßig oft an Krankheiten leiden, welche mit sozialen Faktoren in Verbindung gebracht werden. Der Bericht basiert auf dem Review von Literatur zur Gesundheit von Roma zwischen 2008 und 2013.

Laut dem Bericht sterben Roma im Durchschnitt über zehn Jahre früher als Nicht-Roma, haben schlechteren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und höhere Kindersterberaten. Aus dem Review geht außerdem hervor, dass Roma im Durchschnitt weniger gesunde Lebensstile haben und die Raten sowohl für infektiöse als auch chronische Krankheiten höher liegen. Aus weiteren Indikatoren geht hervor, dass die Wirtschaftskrise in vielen Ländern und Regionen die Kluft weiter vergrößert hat.

Die Art und der Umfang der Initiativen in der EU, um die Gesundheitsversorgung für Roma zu verbessern, unterscheiden sich stark zwischen den Mitgliedstaaten. Folgende Maßnahmen werden dennoch für alle Staaten vorgeschlagen:

- weiter gefasste Gesundheitsindikatoren wie Zugang zu Bildungssystemen, bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und bessere Lebensbedingungen;
- Förderung von gesünderen Lebensstilen durch Informationsmaterial und Gemeinschaftsinitiativen zur Verbesserung des Gesundheits-Engagement in den Roma Gemeinschaften;
- Krankheitsvorbeugung, beispielsweise durch besseres Marketing der Möglichkeiten zur Krankheitsvorbeugung;
- Zugang zur Gesundheitsversorgung, insbesondere hoch qualitativen Dienstleistungen für Roma Gemeinschaften;
- Verbreitung von Wissen über Gesundheitsrisiken und über bewehrte Verfahren für politische Entscheidungsträger;

- Investment, etwa der Review der Instrumente zur Überprüfung der Bedürfnisse der Roma Gemeinschaften und der Effektivität alternativer Politiken, Programme und Dienstleistungen.

Der zweite Teil des Berichts zeigt darüber hinaus, dass zwar ausreichend Datensätze über soziale und wirtschaftliche Exklusion der Roma vorhanden sind, jedoch nicht genug Daten um die Gesundheitszustände in den Roma Gemeinschaften vollends zu verstehen.

Der vollständige Bericht der Matrix Knowledge Group kann [hier](#) abgerufen werden.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/dyna/enews/enews.cfm?al\\_id=1524](http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dyna/enews/enews.cfm?al_id=1524)

## Eurobarometer-Umfrage über Drogengefahren

Die EU-Kommission hat am 21.08.2014 eine [Eurobarometer-Umfrage](#) über die Aufklärung über Drogengefahren bei Jugendlichen veröffentlicht. Sie zeigt, dass deutlich weniger Jugendliche ihre Informationen aus Medienkampagnen oder schulischen Aufklärungen erhalten im Vergleich zu den Umfragezahlen aus 2011.

Für die Umfrage mit dem Namen „Junge Leute und Drogen“ wurden EU-weit 13.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren befragt, darunter 500 Jugendliche aus Deutschland. Von den Befragten gaben 29 Prozent an, noch nie über die Risiken von legalen Drogen, welche eine ähnliche Wirkung haben wie illegale Drogen (sog. Legal Highs) informiert worden zu sein. Mehr als die Hälfte der Befragten (59 Prozent) gab das Internet als wichtigste Informationsquelle an. Damit liegt das Internet noch vor Freunden (36 Prozent), Angehörigen der Gesundheitsberufe wie Ärzten oder Krankenschwestern (31 Prozent), Familienangehörigen (25 Prozent) oder Drogenberatern (21 Prozent).

Gleichzeitig stieg die Zahl derer, die mindestens einmal Legal Highs konsumiert auf 8 Prozent (5 Prozent in 2011). Von den Befragten, welche in den letzten 12 Monaten neue psychotrope Substanzen ausprobierten hatten, erhielten 68 Prozent diese von einem Freund / einer Freundin. 27 Prozent gaben an, die Substanzen von einem Drogenhändler / einer Drogenhändlerin gekauft zu haben, 10 Prozent erhielten sie in einem

Fachgeschäft. Lediglich 3 Prozent gaben an, die Substanzen im Internet erworben zu haben.

Bezüglich der Regulierung und dem Verbot von Drogen sind sich die Jugendlichen weitestgehend einig, dass harte Drogen wie Heroin, Kokain und Ecstasy verboten bleiben sollten (jeweils über 90 Prozent). Die Ergebnisse bezüglich Cannabis sind jedoch weniger eindeutig: Etwa 45 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Cannabis, an Stelle eines Verbots, reguliert werden sollte.

Weitere Informationen:

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-14-508\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-508_de.htm)

## **Kommission begrüßt OECD-Bericht über Bildung und Qualifikationen in der EU**

Die EU-Kommission hat in einer Pressemitteilung vom 09.09.2014 die EU-relevanten Erkenntnisse des OECD-Berichts über Bildung und Qualifikationen bestätigt. Laut der Kommission verdeutlicht der Bericht die wachsende Bedeutung von Investitionen in die Bildung für Wachstum und Beschäftigung in der EU sowie für mehr Inklusion in den Gesellschaften Europas in der Zukunft.

Der Bericht erfasst die 34 Mitgliedstaaten der OECD, darunter Deutschland und 20 weitere EU-Mitgliedstaaten. Zu den wichtigsten Erkenntnissen der diesjährigen Studie in Bezug auf die EU zählen:

- Die Zahl der Bildungsmöglichkeiten ist in Europa weiter angestiegen, von der erwachsenen Bevölkerung haben 29 Prozent eine Hochschulbildung. Trotz des Anstiegs liegt die EU damit jedoch weiterhin hinter dem OECD-Durchschnitt (33 Prozent);
- Eine Person mit Hochschulabschluss und hohem Niveau bei den Lesekompetenzen verdient durchschnittlich 45 Prozent mehr als eine vergleichbar gut ausgebildete Person mit niedrigerem Niveau an Lesekompetenz;
- Innerhalb der EU gibt es beträchtliche Kompetenzunterschiede zwischen Menschen mit ähnlichen Bildungsabschlüssen. Die Absolventen der Sekundarstufe II mancher EU-Mitgliedstaaten wie Finnland oder der Niederlanden schnitten bei der Studie der OECD ähnlich gut oder sogar besser ab als die Hochschulabsolventen von Ländern wie Irland, Italien, Großbritannien oder Spanien. Diese Kompetenzen sind insbe-

sondere entscheidend für den Übergang von der Bildung ins Berufsleben;

- Die Lehrerschaft wird immer älter. In der EU sind durchschnittlich 37 Prozent der Lehrkräfte an Sekundarschulen über 50 Jahre alt. In Deutschland sind es sogar 45 Prozent;
- Private Investitionen in die Hochschulbildung nehmen zu. Der Anteil privater Ausgaben für die Hochschulbildung in den EU-Ländern ist auf 21 Prozent im Jahr 2012 angestiegen, insbesondere aufgrund erhöhter oder neu eingeführter Studiengebühren in einigen Ländern. Der Anteil privater Gelder liegt im OECD-Durchschnitt bei 31 Prozent.

Die Studie Bildung auf einen Blick wird jährlich von der OECD auf Grundlage von Eurostat-Daten und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) erstellt.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12661\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12661_de.htm)

## **Kommission wertet 18 Pilotprojekte zur Jugendgarantie aus**

Die EU-Kommission hat am 09.09.2014 mit den Koordinatoren / Koordinatorinnen von 18 Pilotprojekten ihre Erfahrungen mit der Jugendgarantie ausgewertet, welche zwischen August und Dezember 2013 in Irland, Italien, Litauen, Polen, Rumänien, Spanien und dem Vereinigten Königreich durchgeführt wurden. Der Bericht zeigt die ersten Ergebnisse dieser Projekte, welche nach 5-8 Monaten in Bezug auf strategische Arbeitspartnerschaften, strukturellen Reformen zur Verbesserung von Übergangs- und Beschäftigungsdiensten für junge Leute und ersten Resultaten durch Aktivitäten erzielt werden konnten.

Die Pilotprojekte haben ihre Partnerschaften durch Projektmanagement-Teams, Lenkungsausschüssen und entsprechende Übereinkommen formalisiert. Die meisten dieser Partnerschaftsausschüsse kommen monatlich oder zweimonatlich zusammen.

Obwohl der Zeitraum von 5-8 Monaten wenig Zeit für strukturelle Verbesserung bei den Übergangs- und Beschäftigungsdiensten für junge Leute bietet, konnten diesbezüglich einige Fortschritte erzielt werden. Dazu gehören einerseits die Ge-

staltung neuer Dienstleistungsmodelle und die Entwicklung neuer Instrumente und Unterstützungsangebote für arbeitslose Jugendliche, aber auch die Verbesserung bereits existierender Mittel.

Bis Ende Mai, nach einer Laufzeit von 5-8 Monaten, hatten 10 der 18 Pilotprojekte bereits die Anzahl der Jugendlichen eingebunden, welche sie sich für die gesamte Laufzeit von 12 Monaten als Ziel gesetzt hatten. Die Größe der Projekte variiert von 20 bis über 1000 Jugendlichen, abhängig von einer Reihe von Faktoren wie der Finanzierung des jeweiligen Projekts, der Komplexität des Unterstützungsbedarfs der Gruppe und der Laufzeit des Projekts.

### Hintergrund

Ziel der Projekte ist es, die Mitgliedstaaten mit praktischen Erfahrungen bei ihren jeweiligen nationalen Jugendgarantie-Programmen zu unterstützen. Dafür stehen Mittel in Höhe von 10 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zur Verfügung. Zur Aufstockung der EU-Finanzhilfen für die Regionen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit bei über 25 Prozent liegt, wurde zusätzlich die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen gegründet, welche mit 6 Milliarden Euro ausgestattet ist.

Im Mai 2014 waren 5,2 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, insgesamt 7,5 Millionen waren ohne Arbeit und Ausbildung. Die Jugendgarantie soll gewährleisten, dass Jugendliche innerhalb von vier Monaten nach der Ausbildung oder nach Verlust des Arbeitsplatzes eine Stelle finden, die ihrer Ausbildung, ihren Qualifikationen und Erfahrungen entspricht. Alle 28 EU-Mitgliedstaaten haben Umsetzungspläne für die Jugendgarantie vorgelegt.

Weitere Informationen:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-981\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-981_de.htm)



## ■ Veranstaltungen

### **Europäisches Forum für neue Ideen: Sicheres und wettbewerbsfähiges Europa**

Der polnische Verband [Lewiatan](#) in Kooperation mit [Business-europe](#) organisieren vom 01.-03.10.2014 das vierte europäische Forum für neue Ideen zum Thema „Sicheres und wettbewerbsfähiges Europa – realistisches Ziel oder unerreichbarer Traum? Geschäftsperspektiven“ in Sopot (Polen).

Auf der dreitägigen Konferenz werden etwa 150 Teilnehmer /-innen zusammenkommen um in 30 verschiedenen Sitzungen verschiedene Fragen zu diesem Thema diskutieren. Das Ergebnis der Konferenz wird in Empfehlungen formuliert werden, welche anschließend an politische und ökonomische Entscheidungsträger /-innen in der EU weitergeleitet werden.

Das [Programm](#) sieht u.a. folgende Themen vor:

- Was tut sich mit der Demokratie?
- Die Macht des Geldes: zeitgemäße Freiheitsbedrohungen;
- Wie kann man die EU den Bürgern / Bürgerinnen näher bringen?
- Wie kann man eine Zivilgesellschaft und eine öffentlich europäische Meinung fördern?
- Welche Entwicklungsmöglichkeiten bringt TTIP Europa?
- Kultur: eine Grundlage für ein Europa der Bürger?
- Berufsausbildung: eine Falle oder der Schlüssel um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen?
- Herausforderung der EU nach den Wahlen: Populismus und geopolitische Veränderungen;
- Marketing-strategische, soziale und zivile Konsequenzen des Gebrauchs großer Datenmassen in der Wirtschaft (Vorlesung von Amy Gershoff, eBay-Direktor für Kundenanalyse).

Zu den weiteren Teilnehmern / Teilnehmerinnen der Konferenz zählen Eurofound-Direktor Menéndez-Valdés sowie einige Abgeordnete des Europaparlaments. Interessierte können sich über diesen [Link](#) anmelden.

Weitere Informationen: <http://www.efni.pl/en/calendar/>



## **Zivilgesellschaftliche Perspektiven zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention**

Im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel findet am 02.10.2014 eine öffentliche Anhörung zu den zivilgesellschaftlichen Perspektiven bei der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention statt.

Die Konferenz wird sich mit dem Programm der neuen Kommission zu Behinderungen, die Berücksichtigung von Behinderungen in der Halbzeitbewertung der Europa 2020 Strategie, die Umsetzung von Behinderungsbestimmungen in den Strukturfonds und mit dem EU-Bericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auseinander setzen.

Der EWSA hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Behinderungen gebildet, welcher neun Mitglieder angehören. Sie soll ein Forum für zivilgesellschaftliche Perspektiven bieten und die Rückmeldungen zur Umsetzungen der UN-Behindertenrechtskonvention sammeln. Die Ergebnisse dieser Anhörung werden zur Arbeit dieser Arbeitsgruppe beitragen.

Das Programm sieht vier Sitzungen zu den folgenden Themen vor:

- Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in den Mittelpunkt der nächsten Europäischen Kommission setzen;
- Behinderung im Halbzeitbericht von Europa 2020;
- Umsetzung von Behinderungsbestimmungen in den Strukturfonds;
- EU-Bericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Interessierte können sich über diesen [Link](#) registrieren.

Weitere Informationen:

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-implementation-uncrpd-programme>

## **Informationsveranstaltung zur Förderung von Menschen mit besonderem Förderbedarf durch Erasmus+**

In Bonn finden am 22.10.2014 eine Informationsveranstaltung und eine Antragswerkstatt zur Förderung von Menschen mit besonderem Förderbedarf durch das EU-Programm Erasmus+ statt. Die Veranstaltung richtet sich an Einrichtungen der Berufs-, Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der

schulischen Bildung, Dachverbände, Sozialpartner, Vertreter /-innen der Kammern, und Institutionen, welche für die Antragsrunde 2015 im Rahmen von Erasmus+ Strategische Partnerschaften einen Antrag mit Fokus auf die Zielgruppe "Menschen mit besonderem Förderbedarf" stellen möchten.

Die Tagung beinhaltet eine Präsentation über die Vorsehung von Menschen mit besonderem Förderbedarf im EU-Förderprogramm Erasmus+ sowie vier parallele Arbeitsgruppen, in denen Ideen und Projekte für zukünftige Projekte entwickelt werden sollen. Außerdem erfahren die Teilnehmer /-innen, was bei der Antragsstellung im Programm Erasmus+ zu beachten ist und welche Schritte noch notwendig sind. Weitere Informationen sind dem [Programm](#) zu entnehmen

Interessierte können sich bis zum 02.10.2014 für die Veranstaltung [anmelden](#).

Weitere Informationen: [http://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/veranstaltungen\\_2014/22102014\\_menschen\\_mit\\_besonderem\\_foerderbedarf.html](http://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/veranstaltungen_2014/22102014_menschen_mit_besonderem_foerderbedarf.html)

## **Open Days: 12. europäische Woche der Städte und Regionen**

In Brüssel organisieren vom 06.-09.10.2014 die EU-Kommission, der Ausschuss der Regionen sowie europäische Partnerregionen und -Städte die 12. europäische Woche der Städte und Regionen. Während den vier Tagen werden Fachkräfte, Politiker /-innen, Experten / Expertinnen, Forscher /-innen und andere relevante Stakeholder zusammenkommen, um sich über bewährte Verfahren auszutauschen und Ideen zu diskutieren. Zu den über 100 Workshops und Podiumsdiskussionen gehören u.a.:

- Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum – die Herausforderungen des demografischen Wandels;
- gesundheitliche Ungleichheiten managen – wie kann man die demografischen Herausforderungen bewältigen?
- bezahlbare Gesundheitsversorgung und Wirtschaftswachstum durch intelligente Spezialisierung;
- regionale Wege von Sozialhilfe zur Arbeit: Überlegungen und internationaler Austausch;
- vor-Ort-basierte Ansätze für Gebiete weit weg von Basisdienstleistungen;

- Partnerschaft in sozialer Innovation: Kapazität zum Ausbau und Management von Synergien zwischen öffentlichen und privaten Partnern, ESI-Fonds und anderen EU-Mitteln;
- Inklusion von mobilen EU-Bürgern: EU-Fördermittel und bewährte Methoden für Städte und Regionen;
- Beseitigung von Barrieren für die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt durch zugängliche und qualitative Pflegedienstleistungen;
- Freiwilligenarbeit als Weg zur Beschäftigung?
- Jugendgarantie: Wohin mit den 6 Milliarden Euro?
- der neue Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung: Erfüllung der digitalen Agenda 2020 durch online-Zugang zu Gesundheitsdaten und interaktiven Gesundheitsdienstleistungen;
- die Umsetzung von Gesundheitsinnovationen durch europäische Zusammenarbeit;
- der Weg zu eHealth sowie zu Produkten und Dienstleistungen für aktives Altern und unabhängigem Leben durch europäische Forschungs- und Innovationsprojekte.

Weitere Workshops und Themen können dem [Programm](#) entnommen werden. Die [Anmeldung](#) ist bis zum **22.09.2014** möglich. Die Teilnahme an den Open Days ist kostenfrei.

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2014/index.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2014/index.cfm)

## **Die Anwendung der EU Menschenrechtscharta auf Asyl- und Immigrationsrecht**

Das europäische Rechtsnetzwerk für Asyl (ELENA) und das Leiden Institut für Immigrationsrecht organisieren vom 24.-25.10.2014 eine Konferenz in Leiden (NL) zur Bedeutung der Grundrechte für Asyl und Immigration. Das Konferenzprogramm sieht Vorträge und Workshops zu den folgenden Themen vor:

- die Anwendung der Grundrechtecharta auf Asyl- und Immigrationsrecht;
- das Recht auf Asyl: Artikel 18 der Grundrechtecharta;
- der Einfluss der Charta im Bereich Asyl und Immigration: Die Perspektive des Europäischen Gerichtshof (EuGH);
- das Recht auf Familienleben: Artikel 7 der Charta;

- Schutz vor Abschiebung und Auslieferung: Artikel 19 der Charta;
- Behandlung von Menschen mit besonderen Annahme- und Verfahrensbedürfnissen;
- der Mehrwert von Inhaftnahme bei der Neugestaltung der Richtlinie für Annahmebedingungen;
- die Anwendung der Charta für den Zugang zu Asylverfahren und der erstinstanzlichen Anhörung;
- Beschwerdeverfahren und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf;
- Rechte des Kindes: Artikel 24 der Charta;
- die Zukunft der Charta im Bereich Asyl / Immigration.

Interessierte können weitere Informationen dem [Programm](#) entnehmen. Die Registrierung ist über diesen [Link](#) möglich.

Weitere Informationen:

<http://www.ecre.org/component/content/article/65-trainings/796-elena-course-leiden-2014.html>

## Jugend für Europa Comeback 2014

Die diesjährige Rückkehr-Veranstaltung zum Europäischen Freiwilligendienst Comeback 2014 findet vom 14.-16.11.2014 in Berlin statt. Für die Veranstaltung kommen etwa 300 ehemalige Europäische Freiwillige zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und neue Ideen zu bekommen. Das Veranstaltungsprogramm der drei Tagen beinhaltet u.a.

- Die Auswertung der Erfahrungen aus dem Europäischen Freiwilligendienst;
- verschiedene Workshops zu gesellschaftlichen, politischen und persönlichen Themen;
- eine Podiumsdiskussion mit Vertretern / Vertreterinnen aus Politik, Medien und der Praxis um über das Zusammenleben und Engagement in Europa diskutieren;
- eine ‚Zukunftsbörse‘ um Impulse zur persönlichen Zukunftsplanung wie auch für ein mögliches gesellschaftliches Engagement in und für Europa zu erhalten.

Das Comeback 2014 ist offen für alle, die ihren Europäischen Freiwilligendienst in den letzten zwölf Monaten beendet haben. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Anreise trägt JUGEND für Europa. Alle Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf [www.comeback2014.eu](http://www.comeback2014.eu).

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/news/10030/>

## **Kinder zuerst: Bessere öffentliche Ausgaben für bessere Ergebnisse für Kinder und Familien**

Vom 26.-28.11.2014 findet in Bucharest (Rumänien) die Eurochild Jahreskonferenz 2014 unter dem Titel "Children first: Better public spending for better outcomes for children & families" statt.

Die Konferenz reflektiert die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen „Investitionen in Kinder: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ vom Februar 2013 und des weitergefassten Sozialinvestitionspaket der EU. Dabei wird diskutiert werden, wie Struktur- und Investitionsfördergelder während der nächsten Förderperiode besser genutzt werden können. Die Konferenz steht außerdem im Kontext der Staatsverpflichtungen der UN-Kinderrechtskonvention, welche in diesem Jahr 25 Jahre besteht und welche die Staaten dazu verpflichtet, die bestehenden Ressourcen auszuweiten. Die Diskussionen der Konferenz bezüglich dieser Themen werden sich auf drei Aspekte konzentrieren:

- die Bewertungsmethoden in Europa, insbesondere in Hinblick auf ‚evidenzbasierter‘ Praxis und ihre Rolle in der Sozialpolitik;
- der gesellschaftlicher Nutzen der Investitionen sowie die Frage, wie der Nutzen von Investitionen in Kinder- und Familiendienstleistungen gemessen werden kann;
- öffentlich-private Partnerschaften: Unter diesem Punkt werden Fragen wie die Rolle von Sozialinvestitionen, soziales Unternehmertum und welche Vorteile und Gefahren diese Trends für die Verbesserung von Ergebnissen für Kinder und Familien bergen.

Weitere Informationen zum Programm finden Sie hier. Die Anmeldung ist über diesen Link möglich. Bis zum 26.09.2014 gilt ein Frühbuchertarif von 210,- Euro.

Weitere Informationen: <http://www.eurochild.org/news/news-details/article/children-first-better-public-spending-for-better-outcomes-for-children-families/>

## **Konferenz um Menschen mit Behinderungen bei der Katastrophenhilfe mit einzuschließen**

Der Europarat organisiert vom 04.-05.12.2014 eine Konferenz in Brüssel zur Umsetzung der Leitlinien für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen während humanitären Not-situationen, Krisen und Katastrophen.

Die Konferenz findet vor dem Hintergrund der [Ethnischen Grundsätze für Katastrophenvorsorge und Belastbarkeit der Menschen](#) statt, welche 2011 von Vertretern der 47 Mitgliedstaaten des Europarats angenommen wurden. Im Oktober 2013 fand in Paris ein Workshop zur Einschließung von Menschen mit Behinderungen bei der Katastrophenbereitschaft und –Reaktion statt. Auf der diesjährigen Konferenz in Brüssel werden die Ergebnisse des Workshops und die Arbeit des zuständigen Ausschusses des Europarats präsentiert und die praktische Umsetzung diskutiert werden.

Die Tagung richtet sich an Entscheidungsträger und Regierungsvertreter /-innen, einschließlich lokaler Regierungen, Agenturen, Verbände und sonstige Stakeholder, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten oder auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes aktiv sind.

Weitere Informationen können Sie der [Konferenzbeschreibung](#) entnehmen. Die Anmeldung ist bis zum **29.09.2014** mit diesem [Anmeldeformular](#) möglich.

Weitere Informationen:

<http://www.easped.eu/en/content/conference-including-people-disabilities-disaster-preparedness-and-response>